

19. Wahlperiode

## Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Stefan Ziller (GRÜNE)**

vom 20. Februar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. Februar 2024)

zum Thema:

**Breadcom / VMWare: Berlin in der teuren Sackgasse oder digital souverän?**

und **Antwort** vom 6. März 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 7. März 2024)

Der Regierende Bürgermeister von Berlin  
Senatskanzlei

Herrn Abgeordneten Stefan Ziller (Bündnis 90/Die Grünen)  
über  
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19 / 18300

vom 20. Februar 2024

über Breadcom / VMWare: Berlin in der teuren Sackgasse oder digital souverän?

-----  
Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt: <sup>2</sup>

1. Welche und wie viele Produkte und Lizenzen von Broadcom/VMWare werden vom ITDZ genutzt?

Zu 1:

Die vom ITDZ Berlin genutzten Produkte „VMware vSphere“ (alte Bezeichnung) und „VMware Aria Automation“ (alte Bezeichnung) werden zukünftig bei Broadcom unter dem Produkt „VMware Cloud Foundation“ (neu bei Broadcom) geführt und vorrangig für die Server-Virtualisierung für die Berlin Cloud eingesetzt.

Es werden 538 Lizenzen genutzt.

2. Welches Volumen ist dafür finanziell eingeplant (gerne Gesamtkosten)?

Zu 2:

Ab 01.09.2024 ist eine Investition in Höhe von rd. 7 Mio. EUR zur Sicherung der bestehenden Infrastruktur für die nächsten 5 Jahre geplant.

3. Wie bewertet der Senat, dass Lizenzen für Neu- und Bestandskunden von Broadcom nur noch als Abo angeboten wird, wobei Laufzeiten zwischen einem und fünf Jahren erhältlich sind?

Zu 3:

Der Senat gibt keine Einschätzungen zu Angeboten und Geschäftsmodellen einzelner Wirtschaftsunternehmen ab. Eine Lizenzierung von Software im Wege von Abonnementmodellen wird differenziert betrachtet. Sie vermeidet einerseits den Aufwuchs digitaler Schulden durch veraltete Software, verringert andererseits die digitale Souveränität durch Abhängigkeit von der Preisentwicklung der Lizenzgeber. Bei Auswahl von Softwareprodukten sind diese Faktoren im Rahmen von Vergabeverfahren sorgfältig abzuwägen.

4. Welche der Produkte und Lizenzen wird auf das vom Unternehmen geänderte Lizenzmodell umgestellt?

Zu 4:

Die Umstellung des Lizenzmodells auf Subscriptions von Broadcom gilt landesweit für alle Kunden für alle VMware Produkte. Die beim ITDZ Berlin betroffenen Produkte/Lizenzen sind unter Punkt 1. benannt.

5. Welche Mehrkosten entstehen durch das neue Lizenzmodell für den Berliner Haushalt in den Jahren 2024 und 2025 im Vergleich zum Jahr 2023?

Zu 5:

Keine. Die Kosten für die Lizenzen und Subskriptionen sind auf 5 Jahre nahezu identisch. Die bis dato permanenten Lizenzen führten auch – neben den Investitionen – zu laufenden Kosten in Form von Software Assurance oder auch Wartung.

6. Was wurde und wird vom Senat unternommen, um die digitale Souveränität Berlin zu stärken und Abhängigkeiten und hohe Mehrkosten durch Produkte von einzelnen Unternehmen zu vermeiden?

Zu 6:

Bund, Länder und Kommunen haben sich zum Ziel gesetzt, die Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung in Deutschland gemeinsam zu stärken. Grundlage dieses Vorgehens bildet das beschlossene Eckpunktepapier „Stärkung der Digitalen Souveränität der Öffentlichen Verwaltung; Eckpunkte – Ziel und Handlungsfelder“ (Beschluss in 31. Sitzung IT-PLR, Entscheidung 2020/07), welches auf den Erkenntnissen einer durchgeführten strategischen Marktanalyse zur Untersuchung von Abhängigkeiten von Softwareanbietern in der Bundesverwaltung basiert (vgl. Strategische Marktanalyse zur Reduzierung von

Abhängigkeiten von einzelnen Software-Anbietern; Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, August 2019).

Der Senat hat die besondere Bedeutung von Digitaler Souveränität in den Richtlinien der Regierungspolitik 2023-2026 im Besonderen hervorgehoben. So wird die Digitalpolitik des Landes an den Grundsätzen der Digitalen Souveränität, Nutzerzentriertheit und Agilität ausgerichtet. Dabei versteht der Senat Digitale Souveränität als „die Fähigkeiten und Möglichkeiten von Individuen und Institutionen, ihre Rolle(n) in der digitalen Welt selbstständig, selbstbestimmt und sicher ausüben zu können.“

Ein wesentlicher Aspekt Digitaler Souveränität im Hinblick auf Informations- und Kommunikationstechnik ist die Reduzierung von kritischen Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern. Dafür sind mittel- und langfristig die gesamte Technologie-Landschaft iterativ auf kritische Abhängigkeiten zu untersuchen sowie geeignete Handlungsoptionen aufzuzeigen bzw. Maßnahmen zu initiieren. Digitale Souveränität heißt, Alternativen zu schaffen und einen offenen, wettbewerbsfähigen Markt zu unterstützen. Dies begünstigt Innovation sowie Flexibilität in der IT der Öffentlichen Verwaltung – zwei wichtige Treiber in der Digitalisierung in der Verwaltung. Digitale Souveränität hat somit das Potential, die Verwaltungsdigitalisierung zu beschleunigen.

Digitale Souveränität ist zudem insbesondere zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben durch digitale Verwaltungsprozesse wichtig. Sofern diese nicht ausreichend gewahrt ist, kann die Handlungsfähigkeit der entsprechenden Individuen und Institutionen negativ beeinflusst werden.

Die Verwendung von Open-Source-Lösungen stärkt die Digitale Souveränität. Am 08.11.2023 wurde das Open-Source-Kompetenzzentrum (OSK) des Landes Berlin durch die Chief Digital Officer und Staatssekretärin für Digitales und Verwaltungsmodernisierung, Frau Martina Klement, offiziell eröffnet. Mit der Eröffnung setzt der Senat den Auftrag und Beschluss des Abgeordnetenhauses von Berlin aus Drucksachen 19/0480 und 19/0535 um. Als zentrale Beratungsstelle für Beschaffung und Betrieb von Open-Source-Software im Land Berlin unterstützt und berät es die Behörden des Landes und soll Synergiepotenziale in länderübergreifenden IT-Kooperationen nutzbar machen.

Kernaufgabe ist, Open-Source-Lösungen Dritter, die auf dem zentralen Open-Source-Code-Respository auf OpenCoDE veröffentlicht sind, für das Land Berlin effizient nutzbar zu machen und die Nachnutzung von Berliner Open-Source-Lösungen durch andere Länder und Kommunen zu unterstützen.

Berlin, den 06. März 2023

Der Regierende Bürgermeister von Berlin  
In Vertretung

Florian Hauer  
Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten und  
Internationales, Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund